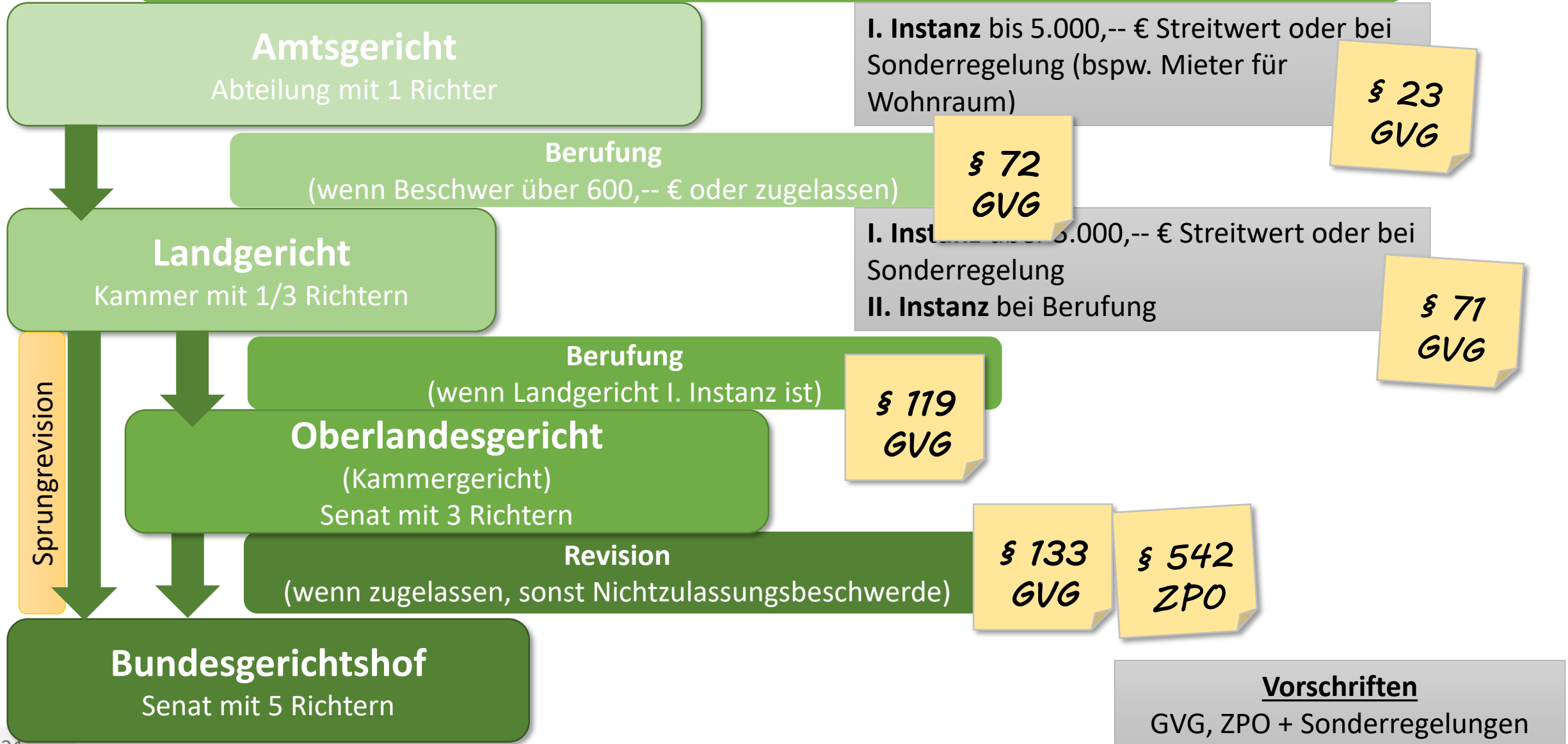


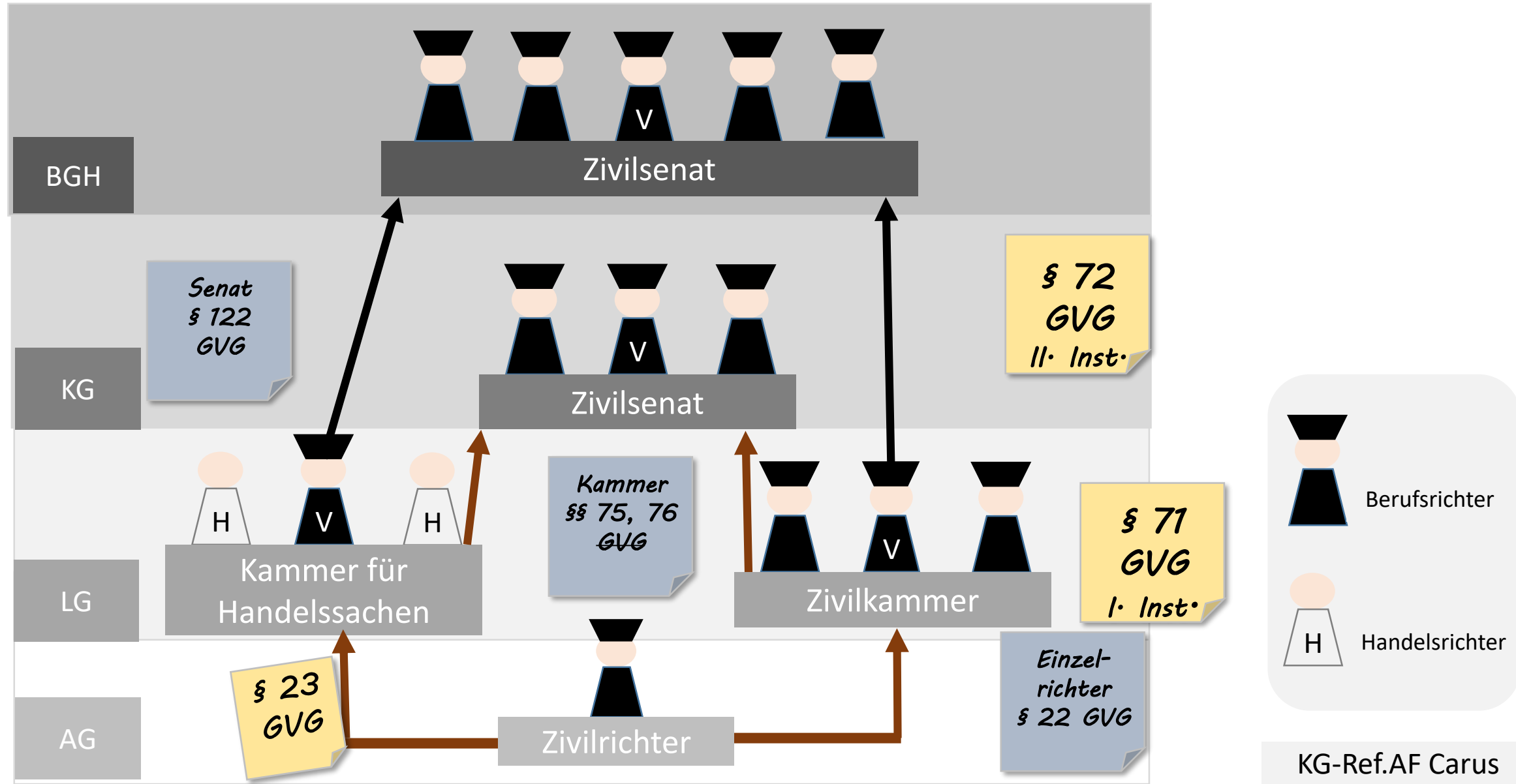
Geschäftsgang

Die Instanzenzüge der Ordentlichen Gerichtsbarkeit



Gerichtliche Spruchkörper

Zivilrecht



Geschäftsgang

Die ordentliche Gerichtsbarkeit

Zivilgerichtsbarkeit

streitige Gerichtsbarkeit

Zivilprozess
Insolvenzverfahren
Familiensachen
Zwangsvollstreckung
Mahnsachen

freiwillige Gerichtsbarkeit

Nachlass
Betreuung
Register
Grundbuch

Strafgerichtsbarkeit

Ordentliche
Gerichtsbarkeit

§ 12 GVG

Geschäftsgang

ordentliche Gerichtsbarkeit

Die ordentliche Gerichtsbarkeit gliedert sich dabei in die **Zivilgerichtsbarkeit** und die **Strafgerichtsbarkeit**. Die Zivilgerichtsbarkeit gliedert sich wiederum in die streitige Gerichtsbarkeit und in die freiwillige Gerichtsbarkeit. Neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit existiert die besondere Gerichtsbarkeit/Fachgerichtsbarkeit. Hierzu gehören: die Sozialgerichtsbarkeit, die Arbeitsgerichtsbarkeit, die Finanzgerichtsbarkeit, die Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Verfassungsgerichtsbarkeit.

Streitige Gerichtsbarkeit

Vor die streitige Zivilgerichtsbarkeit gehören demnach also alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten unter Einbeziehung der Zwangsvollstreckung.

Bürger
klagt
gegen
Bürger

ZPO +
GVG

Geschäftsgang

Freiwillige Gerichtsbarkeit

Sie steht im Gegensatz zur streitigen Gerichtsbarkeit und ist ein staatlich geregeltes Verfahren für bestimmte, meist privatrechtliche, Angelegenheiten. Das grundlegende Verfahrensgesetz ist das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Bürger möchte eine gerichtliche Handlung

FamFG

Geschäftsgang

Die wichtigsten Gegenstände der Freiwilligen Gerichtsbarkeit sind u.a.:

- Nachlasssachen, z.B. die Eröffnung von Testamenten und Erbverträgen, die Entgegennahme von Erklärungen, die die Erbschaft betreffen, die Ausschlagung, die Erteilung und Einziehung des Erbscheins, die Sicherung des Nachlasses, die Anfechtung eines Testaments oder Erbvertrages.
- Vormundschaftssachen und Betreuungssachen, z.B. Anordnung und Überwachung von Vormundschaften, Betreuungen und Pflegschaften, Genehmigung wichtiger Rechtsgeschäfte, die der Betreuer für den Betreuten tätigt.
- Familiensachen, z.B. Ehe,- Kindschafts-, Abstammungs-, Adoptions-, Unterhalts-, Gewaltschutz-, Ehemohnungs – und Haushalts-, Güterrechts-, Partnerschafts- und sonstige Familiensachen
- Unterbringungssachen, insbesondere Unterbringung psychisch Kranker gem. Ländergesetzen.



FamFG

Geschäftsgang

Die wichtigsten Gegenstände der Freiwilligen Gerichtsbarkeit sind u.a.:

- Registersachen, z.B. Eintragungen in das Handelsregister, wie z.B. Neueintragung einer Firma, Eintragung/Wechsel des Geschäftsführers oder des Prokuristen, Eintragungen in das Vereinsregister, Güterrechtsregister, Genossenschaftsregister, Partnerschaftsregister.
- Wohnungseigentumssachen nach dem WEG
- Grundbuchsachen, beim Grundbuchamt erfolgen die Eintragungen in das Grundbuch, z.B. Eintragung eines neuen Eigentümers, Eintragung von Hypotheken und Grundschulden.

FamFG

Die Strafgerichtsbarkeit

Der Strafprozess ist ein gesetzlich geordnetes Verfahren, in dem über das Vorliegen einer Straftat zu entscheiden ist, ggf. werden durch richterliches Urteil strafrechtliche Folgen ausgesprochen, nämlich durch den Ausspruch über Schuld und Strafe oder andere strafrechtliche Maßnahmen, z.B. sichernde Maßregeln, - gegen Jugendliche auch Zuchtmittel oder Erziehungsmaßregeln usw. Ziel ist es, den gestörten Rechtsfrieden wiederherzustellen.

Das Strafverfahren gliedert sich in 4
Verfahrensabschnitte.

*Staat gegen
Bürger*

StGB

Die Strafgerichtsbarkeit

- **Ermittlungsverfahren - Staatsanwaltschaft**
(vorbereitendes Verfahren, §§ 158 ff StPO)
- **Zwischenverfahren - Amtsgericht**
(Eröffnungsverfahren, in dem über die Eröffnung des Hauptverfahrens entschieden wird, §§ 199 ff StPO)
- **Hauptverfahren - Amtsgericht**
Einschließlich Verfahren über Rechtsmittel bis zur Rechtskraft der Entscheidung (§§ 213 ff StPO)
- **Vollstreckungsverfahren - Staatsanwaltschaft**
Nach Eintritt der Rechtskraft folgt das Vollstreckungsverfahren gem. §§ 449 ff. StPO, welches gem. § 451 Abs. 1 StPO von der Staatsanwaltschaft geleitet wird



StPO

Die Strafgerichtsbarkeit

- **Erwachsenenstrafverfahren**

Im Bereich des Erwachsenenstrafrechts sind in erster Instanz nach § 24 GVG die **Amtsgerichte** zuständig, wenn nicht

- a) die Zuständigkeit des **Landgerichts oder des OLG** aufgrund spezieller Zuständigkeitsnormen begründet ist,
- b) im Einzelfall eine höhere Strafe als vier Jahre Freiheitsstrafe oder die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder die Sicherungsverwahrung zu erwarten ist (generelle Zuständigkeit des Landgerichts),
- c) die **Staatsanwaltschaft** wegen der **besonderen Bedeutung des Falles** Anklage zum Landgericht erhebt.

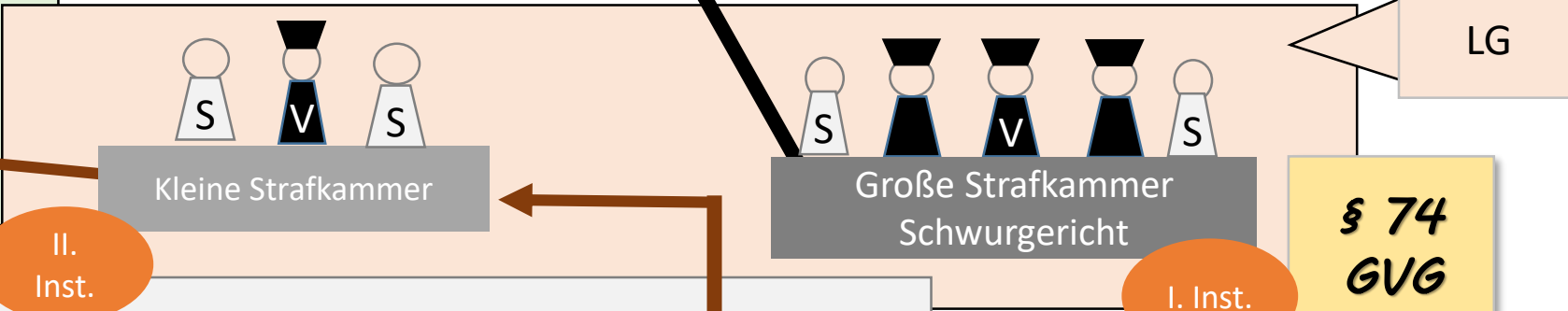
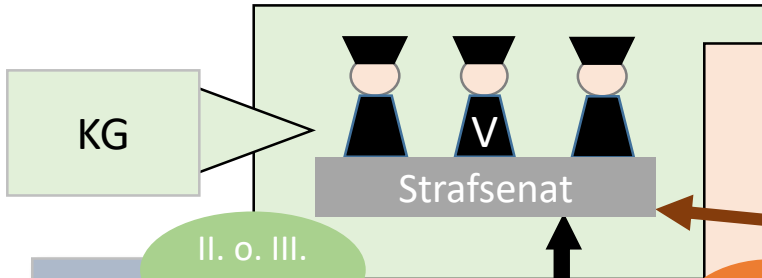
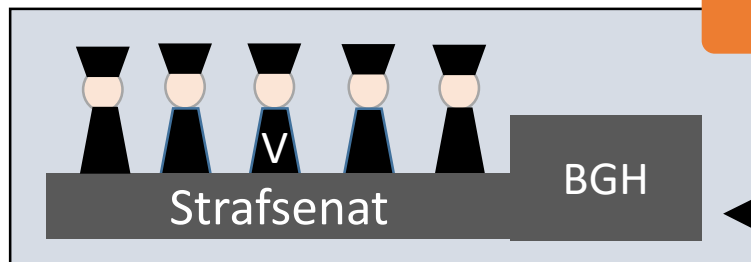
§ 24
GVG

Die Strafgerichtsbarkeit

- ***Jugendstrafverfahren***
Im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit ist in erster Instanz der Jugendrichter für alle Verfahren zuständig, in denen die Staatsanwaltschaft keine Jugendstrafe erwartet.
- ***Bußgeldsachen - Ordnungswidrigkeitenverfahren***
Das Verfahren ist in dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) geregelt.

Gerichtliche Spruchkörper

Zivilrecht



Revision ↑

Berufung ↑

§ 333 StPO

II. o. III. Inst.

§ 312 StPO

II. Inst.

I. Inst.

§ 74 GVG
II. Inst.

Umfangreich
- ab 7 Angeklagten

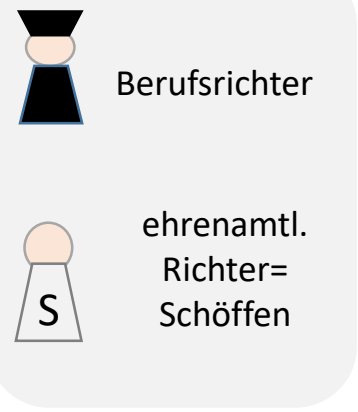
§ 24 GVG

2 bis 4 Jahre

bis 2 Jahre

AG

§ 25 GVG



Besondere Gerichtsbarkeit

- ***Arbeitsgerichtsbarkeit***
Es ist der Zweig der Gerichtsbarkeit, dem die Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsrecht auf der Grundlage des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG) zugewiesen sind.
- ***Verwaltungsgerichtsbarkeit***
Es wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte Gerichte ausgeübt. Grundlage für das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten ist die Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

Besondere Gerichtsbarkeit

- ***Sozialgerichtsbarkeit***

Die Sozialgerichte entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in folgenden Angelegenheiten: gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung, gesetzliche Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Schwerbehindertenrecht und sozialer Entschädigung. Grundlage für das sozialgerichtliche Verfahren ist das Sozialgerichtsgesetz (SGG).

- ***Finanzgerichtsbarkeit***

Die Finanzgerichtsbarkeit befasst sich mit allen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten aus dem Bereich der Finanzbehörden (Finanzämter und Zollämter). Die Finanzgerichte sind vor allem zuständig für die Entscheidung über „Abgabenangelegenheiten“, d.h. über die Rechtmäßigkeit von Steuerbescheiden oder sonstigen Bescheiden der Finanzämter und Zollämter. Die Finanzgerichtsbarkeit ist durch die Finanzgerichtsordnung (FGO) geregelt.

Geschäftsgang

die Instanzenzüge der Besonderen Gerichtsbarkeit

Arbeitsgerichtsbarkeit

Arbeitsgericht

Magdeburger Platz 1
10785 Berlin

Landesarbeitsgericht

Landesarbeitsgericht Berlin-
Brandenburg
Magdeburger Platz 1
10785 Berlin

Bundesarbeitsgericht

Hugo-Preuß-Platz 1
99084 Erfurt

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Verwaltungsgericht

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Oberverwaltungsgericht

Oberverwaltungsgericht
Berlin-Brandenburg
Hardenbergstraße 31,
10623 Berlin

Bundesverwaltungsgericht

Simsonplatz 1
04107 Leipzig

Geschäftsgang

die Instanzenzüge der besonderen Gerichtsbarkeit

Sozialgerichtsbarkeit

Sozialgericht

Invalidenstraße 52
10557 Berlin

Landessozialgericht

Landessozialgericht Berlin-
Brandenburg
Försterweg 2 – 6
14482 Potsdam

Bundessozialgericht

Graf-Bernadotte-Platz 5
34119 Kassel

Finanzgerichtsbarkeit

Finanzgericht

Finanzgericht Berlin-
Brandenburg
Von-Schön-Straße 10
03050 Cottbus

Bundesfinanzhof

Ismaninger Straße 109
81675 München